# Mieter\*innen entlasten – Wohnraumverlust verhindern – Mieter\*innenschutz muss krisenfest gemacht werden



48. Ordentliche Bundesdelegiertenkonferenz Bonn. 14. - 16. Oktober 2022

Antragsteller\*in: Katrin Schmidberger (KV Berlin-Friedrichshain/Kreuzberg)

Tagesordnungspunkt: I In Zeiten fossiler Inflation: sozialen Zusammenhalt sichern, Wirtschaft

stärken

**7** " 1

Status: Zurückgezogen

### **Antragstext**

- Die BDK möge beschließen:
- 2 Die enorme Inflation und die rasant steigenden Energiekosten bringen viele Mieter\*innen in
- existenzielle Nöte. Die sogenannte "zweite Miete" wurde zu einer deutlichen Belastung für
- 4 die Haushalte. Derzeit erhalten viele Haushalte hohe Nachforderungen für Gas und
- 5 Betriebskosten, für 2023 muss sogar mit einer Verdoppelung der Gasrechnungen gerechnet
- 6 werden. Dabei trifft es vor allem die Personen, die keine finanziellen Absicherungen haben
- und nun vor großen Unsicherheiten stehen. Auch Personen mit einem Indexmietvertrag sind von
- 8 diesen Entwicklungen in beunruhigendem Maße betroffen. Es besteht die reale Befürchtung,
- dass Mieter\*innen ihre Wohnungen verlieren, wenn sie die Nachzahlungen nicht innerhalb von
- 10 30 Tagen oder die zukünftig deutlich höheren Vorauszahlungen nicht stemmen können.
- Zusätzlich sind in vielen Kommunen die Mieter\*innenn durch hohe Steigerungen der
- 12 Nettokaltmiete sowieso schon seit Jahren belastet. Vor allem in den Metropolen haben sich
- die ohnehin hohen Mieten seit 2007 teilweise mehr als verdoppelt. Das Statistische Bundesamt
- 14 hat festgestellt, dass etwa jeder achte in einer Mietwohnung lebende Mensch in Deutschland
- zu hohe Wohnkosten hat, also dass sämtliche Ausgaben fürs Wohnen einschließlich der zuletzt
- stark gestiegenen Energiekosten mehr als 40 Prozent des verfügbaren Haushaltseinkommens
- verbrauchen. Das war im vergangenen Jahr bei 12,8 Prozent der Mieter\*innen der Fall. Gerade
- 18 Einpersonenhaushalte, alleinerziehende Personen und Menschen mit geringem Einkommen sind
- 19 davon betroffen.
- 20 Außerdem schwächen hohe Mieten die Kaufkraft. So haben 40% der Haushalte in Deutschland
- keinerlei Ersparnisse, denn die Ausgaben für Wohnen und vor allem Mieten sind monatliche
- 22 Fixkosten, bei denen kaum oder nur wenig eingespart werden kann. Mit dem europaweit höchsten
- 23 Anteil von Mieter\*innen an der Gesamtbevölkerung sind rund 50,5 Prozent der Bevölkerung von
- 24 diesen Entwicklungen betroffen. Eine Entlastung für die Haushalte muss auch eine Entlastung
- 25 für Mieter\*innen beinhalten.
- Wir Grüne wollen die Mieter\*innen in dieser akuten Notlage unterstützen und fordern die
- 27 bündnisgrüne Bundestagsfraktion und die grünen Mitglieder der Bundesregierung

#### auf, sich für

#### 28 folgende Maßnahmen zum Schutz der Mieter\*innen einzusetzen:

- ein bundesweites Kündigungs- und Zwangsräumungsmoratorium für ein Jahr (auch für 30 Gewerbemieter\*innen)
- ein temporärer Mietenstopp für Städte mit angespanntem Wohnungsmarkt: die Aussetzung von
- regulären Mieterhöhungsmöglichkeiten der Nettokaltmiete nach §558 BGB zunächst für die
- nächsten sechs Monate für alle Mieter\*innen in Kommunen mit angespanntem Wohnungsmarkt
- ggf. mit anschließender Verlängerung je nach Bedarfslage und einem Härtefallfonds für kleine
  Eigentümer\*innen
- 36 ein Moratorium für Strom- und Gassperren zunächst bis Mai 2023
- 37 die Verlängerung und Verschärfung der Mietpreisbremse, die die Lücken (z.B. bei
- Modernisierung) schließt und bereits bei 5 Prozent oberhalb der ortsüblichen Vergleichsmiete
- 39 greift
- eine Kappungsgrenze für Indexmieten bzw. bei Mietverträgen, deren Mieterhöhungen durch den
- vom Statistischen Bundesamt ermittelten Preisindex für die Lebenshaltung aller privaten
- 42 Haushalte in Deutschland bestimmt werden.
- Mietwucher wirksam bekämpfen: §5 im Wirtschaftsstrafgesetz wieder zu einem
- 44 praxistauglichen Instrument gegen Mietpreisüberhöhung machen, das Mietentgelte dann für
- unangemessen hoch erklärt, wenn sie die ortsübliche Miete um mehr als 20 Prozent
- 46 übersteigen.
- die rasche Einführung der geplanten, im Koalitionsvertrag vereinbarten neuen
- 48 Wohngemeinnützigkeit, mit Konzentration auf den Bestand in angespannten Wohnungsmärkten
- die Modernisierungsumlage nach § 559 BGB deutlich senken, mit dem Ziel einer Drittelung
- der Kosten für Maßnahmen der energetischen Modernisierung zwischen Staat, Vermieter\*innen
- 51 und Mieter\*innen.
- die Bekämpfung der Bodenpreisspiraledurch eine Reform der Immobilienwert-Verordnung
- 53 (ImmoWertV) und ein Berechnungsmodell für Bodenpreise, das spekulative Wertsteigerungen
- 54 nicht begünstigtund einen am Mietspiegel orientierten Ertragswert zur Berechnungsgrundlage
- 55 nimmt.

## weitere Antragsteller\*innen

Martin Reents (KV Berlin-Kreisfrei); Julian Schwarze (KV Berlin-Friedrichshain/Kreuzberg); Canan Bayram (KV Berlin-Friedrichshain/Kreuzberg); Johannes Mihram (KV Berlin-Mitte); Simon Gast (KV Osnabrück-Land); Sarah Jermutus (KV Berlin-Friedrichshain/Kreuzberg); Bahar Haghanipour (KV Berlin-Kreisfrei); Felix Hohmann (KV Harburg-Land); Sascha Krieger (KV Berlin-Pankow); Stefan Ziller (KV Berlin-Marzahn/Hellersdorf); Achim Jooß (KV Ortenau); Maximilian-Lukas Linke (KV Berlin-Marzahn/Hellersdorf); Tobias Schlechter (KV Mainz); Philipp Lang (KV Stuttgart); Anika Wiest (KV

Berlin-Friedrichshain/Kreuzberg); Anna Hoppenau (KV Berlin-Neukölln); Dorothée Marquardt (KV Berlin-Friedrichshain/Kreuzberg); Vasili Franco (KV Berlin-Friedrichshain/Kreuzberg); Markus Schopp (KV Berlin-Mitte); sowie 41 weitere Antragsteller\*innen, die online auf Antragsgrün eingesehen werden können.